

Die Gunst der Stunde für die Vorherrschaft der USA im Bereich Kernenergie nutzen

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2026

[Sam Thernstrom](#), [Paul Saunders](#), [Todd Abrajano](#)

Da [nicht nur; A. d. Übers.] das amerikanische Stromnetz einer beispiellosen Belastung ausgesetzt ist, war Kernenergie noch nie so vielversprechend und wichtig wie heute. Kernenergie liefert saubere, zuverlässige Energie, die für unsere Wirtschaft und nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist. Amerikanische Unternehmen sind Vorreiter bei einigen der vielversprechendsten fortschrittlichen Reaktorkonstruktionen der Welt, aber ohne wirksame staatliche Unterstützung für die Kernenergie werden sie keinen Erfolg haben.

Die Renaissance der Kernenergie in den USA wurde lange Zeit durch regulatorische und finanzielle Hindernisse verzögert, aber das ändert sich derzeit rapide. Im Mai unterzeichnete Präsident Trump eine Reihe von [Durchführungsverordnungen](#), die darauf abzielen, die Genehmigung von Reaktoren zu beschleunigen und Vorschriften zu reformieren, mit dem Ziel, bis 2050 [300 Gigawatt](#) neue Kernkraftkapazität ans Netz zu bringen und damit die Reaktorflotte effektiv zu vervierfachen. Eine kürzlich angekündigte Rahmenvereinbarung mit Westinghouse, Brookfield und Cameco über Investitionen in Höhe von 80 Milliarden US-Dollar in den Bau von zehn neuen, modernen Kernkraftwerken in den Vereinigten Staaten ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieser Vision.

Der Plan reflektiert das Verständnis der Regierung hinsichtlich zweier wichtiger Fakten: Eine wirksame politische Unterstützung durch die Regierung ist erforderlich, um einen Aufschwung der Kernenergie anzustoßen, und der Erfolg hängt davon ab, dass nicht nur ein oder zwei, sondern mehrere neue Reaktoren gebaut werden. Dadurch können Unternehmen robuste Lieferketten aufbauen und die Produktionsgröße sichern, die zu Kostensenkungen führt.

Diese Initiativen sind zwar ein wichtiger Impuls, doch weitere Maßnahmen auf Bundesebene sind für unseren Erfolg von entscheidender Bedeutung. Um politische Optionen zu bewerten, haben wir Anfang dieses Jahres eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Dominanz der USA im Bereich der Kernenergie einberufen, die sich aus ehemaligen hochrangigen Beamten, Vertretern der Industrie und Fachexperten zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe hat wichtige Prioritäten identifiziert, welche die Regierung und der Kongress berücksichtigen sollten.

Zunächst sollte die US-Bundesregierung eine Reihe neuer Kernkraftwerke

nachdrücklich unterstützen. Jedes neuartige Kraftwerk – auch Kernkraftwerke – birgt das Risiko von Verzögerungen und Kostenüberschreitungen. Der Vertrag mit Westinghouse erkennt an, dass der Bau mehrerer Kraftwerke gleichen Designs unerlässlich ist. Andere Länder haben durch den sequenziellen Bau beeindruckende **Kostensenkungen** erzielt, und auch die bestehenden Kernkraftwerke in den USA – die größten und zuverlässigsten weltweit – wurden nach diesem Modell gebaut.

Neben Westinghouse gibt es in den USA eine Vielzahl von **Innovatoren**, die an der Kommerzialisierung fortschrittlicher kleiner modularer Reaktoren arbeiten. Der Kongress und die Regierung sollten den Bau mehrerer Einheiten der vielversprechendsten Konstruktionen fördern. Eine frühzeitige Unterstützung der ersten Anlagen einer Serie durch den Bund kann entscheidend sein, um privates Kapital zu mobilisieren. Die Verringerung des Anlegerrisikos durch gezielte Versicherungs-Maßnahmen und Maßnahmen zur Vermeidung kostspieliger Verzögerungen würde den Einsatz fördern. Die Verabschiedung des ARC-Gesetzes wäre ein sinnvoller erster Schritt in diese Richtung.

Zweitens muss die Nuclear Regulatory Commission (NRC) eine wachsende Zahl von **Entwürfen** und Bauprojekten sicher und effizient genehmigen. Personalabbau in einer Zeit potenzieller Umstrukturierungen der Behörde und schnell wachsender Aufgaben wird den Fortschritt behindern. Der Kongress sollte sicherstellen, dass die NRC über ausreichende Ressourcen und Personal verfügt, um die Ziele von Präsident Trump im Bereich der Kernenergie zu erreichen.

Der Kongress sollte auch die Genehmigungsauflagen für kleine, innovative Reaktorentwickler lockern. Die NRC wird fast ausschließlich durch Industriegebühren **finanziert** – mehr als 800 Millionen Dollar jährlich –, während Behörden wie die Umweltschutzbehörde (EPA) Steuergelder zur Unterstützung ihrer Arbeit zur Regulierung anderer Stromerzeuger verwenden. Die Kernenergie sollte nicht anders behandelt werden.

Der Kongress sollte ausgewählte Reformen verabschieden, um sicherzustellen, dass die Überprüfung von Lizenzen in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko steht. Beispielsweise würde eine Änderung des Atomenergiegesetzes, wonach die Beratungskommission für Reaktorsicherheit nur neue oder neuartige Lizenzanträge statt aller Anträge prüft, den Prozess straffen, ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen.

Der parteiübergreifende Refuel Act ist ein weiteres Beispiel für eine sinnvolle Anpassung an die sich weiterentwickelnden Technologien. Es gibt neue Technologien und Verfahren für das Recycling abgebrannter Brennelemente, bei denen kein Plutonium isoliert wird. Es ist daher angemessen, deren behördliche Überprüfung von den traditionellen Verfahren zu unterscheiden, bei denen Plutonium anfällt.

Drittens erfordert der Ausbau der amerikanischen Nuklearindustrie einen

raschen Aufbau unserer nuklearen Arbeitskräfte und Lieferkette. Neben Nuklearingenieuren benötigt die Branche Tausende von qualifizierten Bau- und Wartungsarbeitern sowie Reaktorbetreibern. Die Unterstützung der Serienproduktion sowohl von Großreaktoren als auch von kleinen modularen Reaktoren wird ein wichtiges Nachfragesignal an Lieferanten und Hersteller senden. Da das Energieministerium (DOE) die Serienproduktion sowohl von Groß- als auch von Kleinreaktoren unterstützt, sollte es auch das Office of Energy Dominance Financing nutzen, um Investitionen von Lieferanten und Herstellern zu fördern. Der Ausbau der Lieferketten wird jedoch Zeit brauchen; kurzfristig würde eine Senkung der Zölle auf wichtige Importe sowohl die Reaktorkosten als auch die nachgelagerten Strompreise senken.

Brennstoff ist ebenso wichtig, und auch hier haben wir unsere Lieferkette verloren, als wir den Bau von Kernkraftwerken eingestellt haben. Der Kongress und das Energieministerium haben erste Unterstützung für Uranabbau- und -anreicherungsunternehmen sowie Hersteller von Kernbrennstoffen bereitgestellt, aber es muss noch mehr getan werden, um eine vorhersehbare, langfristige Nachfrage für die Lieferanten sicherzustellen. Der Kongress sollte auch die aufkommenden Bemühungen des privaten Sektors zum Recycling von abgebrannten Brennelementen fördern.

Angesichts des steigenden Strombedarfs und der Beschleunigung der eigenen Atomprogramme durch globale Wettbewerber ist die Wiederherstellung der Führungsrolle der USA im Bereich der Kernenergie unerlässlich, um für die kommenden Jahrzehnte eine zuverlässige, erschwingliche und widerstandsfähige Stromversorgung sicherzustellen.

Sam Thernstrom is head of the Energy Innovation Reform Project

A former, State Department energy official, Paul Saunders is President of the Center for the National Interest.

Todd Abrajano the President & CEO of the United States Nuclear Industry Council.

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/12/31/seizing-the-moment-for-u-s-nuclear-energy-dominance/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Französische Denkfabrik IREF: „Entgegen aller Vernunft hält die EU an ihrer Netto-Null-Illusion fest“

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2026

Clintel Foundation

Die Europäische Kommission hat einen neuen Schritt in Richtung ihres Ziels der „Netto-Null“ bis 2050 gebilligt, das eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber dem Niveau von 1990 bis 2040 vorsieht. Ein aktueller [Bericht](#) des französischen Thinktanks IREF (Institut de Recherches Économiques et Fiscales) liefert jedoch eine ernüchternde Realitätsprüfung.

Die Europäische Kommission strebt nun eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % bis 2040 an. Die endgültige Verabschiedung wird für 2026 erwartet, gefolgt von der verbindlichen Umsetzung in nationales Recht. Der Umfang des Plans ist atemberaubend. Die EU schätzt die erforderlichen Investitionen bis 2040 auf 21 Billionen Euro – etwa 7 bis 8 % des BIP der EU –, ohne Finanzierungskosten. Die Politik erwartet eine Mischung aus Subventionen, CO₂-Bepreisung und zwingenden Vorschriften, um den größten Teil der Last auf den privaten Sektor zu verlagern. Die entscheidende Frage ist nicht mehr die Ambition, sondern die Machbarkeit.

Ein aktueller [Bericht](#) des französischen Thinktanks IREF (Institut de Recherches Économiques et Fiscales) liefert eine ernüchternde Bestandsaufnahme. Schon einfache Berechnungen lassen die Alarmglocken läuten. Die Emissionen der EU sind in den 33 Jahren von 1990 bis heute um 37 % gesunken. Um in nur 17 Jahren eine zusätzliche Reduzierung um 68 % zu erreichen, müsste das Tempo der Dekarbonisierung fast verdreifacht werden. Gelingt diese Beschleunigung nicht, wären die wirtschaftlichen Folgen eines so schnellen Emissionsrückgangs gravierend.

Die Strategie der EU basiert auf der Annahme, dass die Technologien ausgereift genug sind, um einen raschen Abbau jahrzehntelang aufgebauten fossilen Kapitals zu rechtfertigen. Der Plan stützt sich auf drei Säulen: ein Energiesystem, das von variablen erneuerbaren Energien (VRE) dominiert wird, eine massive Elektrifizierung von Industrie, Verkehr und Gebäuden sowie tiefgreifende Veränderungen in der Landwirtschaft. Der Fehler liegt in der Notwendigkeit einer perfekten Koordination. Die Netze müssen für erneuerbare Energien ausgebaut werden, die Speicherkapazitäten müssen schneller wachsen als die Schwankungen, und die Nachfrage muss genau nach Plan steigen. Jede Diskrepanz verwandelt „Übergangsinvestitionen“ in gestrandete Vermögenswerte.

IREF zeigt, dass diese Diskrepanzen bereits weit verbreitet sind. Der großflächige Einsatz von VRE führt zu wechselnden Phasen von Überangebot – negativen Preisen und erzwungenen Einschränkungen – und Engpässen, in denen die Preise in die Höhe schnellen, die erneuerbaren Energien jedoch nicht reagieren können. Die ursprünglich als vorübergehend versprochenen Subventionen steigen wieder. Vor dieser Dynamik haben Institutionen wie die OECD und die Kernenergieagentur bereits vor Jahren gewarnt, doch deren Warnungen wurden weitgehend ignoriert.

Der Stromausfall in Spanien im April 2025 hat eine weitere Schwachstelle offenbart. Trotz anfänglicher Dementis zeigten Untersuchungen, dass die übermäßige Abhängigkeit von nicht regelbaren Energiequellen die Netzstabilität beeinträchtigte. Über dieses Ereignis hinaus berichten europäische Netzbetreiber von einem dramatischen Anstieg der Spannungsstörungen seit 2015, was auf eine zunehmende systemische Anfälligkeit hindeutet.

Die EU reagiert darauf mit der Forderung nach einem schnelleren Ausbau des Netzes und groß angelegten Speichermöglichkeiten, insbesondere für Wasserstoff. Die Fortschritte bleiben jedoch weit hinter dem Ausbau der erneuerbaren Energien zurück. Die Niederlande veranschaulichen das Problem: Netzüberlastungen blockieren derzeit neue Anschlüsse für Haushalte und Unternehmen und belasten das Wachstum. Laut von IREF zitierten Quellen könnte die Reparatur des niederländischen Netzes allein bis 2040 200 Milliarden Euro kosten. Im Gegensatz dazu schätzt die Kommission die Kosten für die gesamte EU auf nur 1,2 Billionen Euro, also nur das Sechsfache – eine unglaublich niedrige Zahl, die auf eine systematische Unterschätzung hindeutet.

In Deutschland sieht es ähnlich aus. Im Rahmen der Energiewende wurde nur ein Sechstel der geplanten Übertragungsleitungen gebaut. Die deutsche Förderbank KfW schätzt, dass die Investitionskapazität für das Stromnetz vervierfacht werden müsste, um die Ziele für 2030 zu erreichen, aber niemand weiß, woher das Geld dafür kommen soll. Bei Wasserstoff sieht es nicht besser aus. Europäische und nationale Rechnungsprüfungsbehörden sind zu dem Schluss gekommen, dass Wasserstoffstrategien eher von politischen Ambitionen als von technischem oder wirtschaftlichem Realismus getrieben sind. Nur wenige Projekte kommen voran, und wichtige Technologien sind noch nicht ausgereift. Die Speicherziele für 2040 oder 2050 sind daher weitgehend spekulativ.

Ironischerweise erkennt nun auch Deutschland selbst die Grenzen seines Modells. Bundeskanzler Friedrich Merz hat Pläne angekündigt, bis 2035 71 Gaskraftwerke zu bauen, um die Versorgung während wiederkehrender Wind- und Solar-Flauten sicherzustellen, sowie Subventionen für industrielle Strompreise. Die Korrektur der Fehler der Energiewende birgt nun die Gefahr einer Verzerrung des Wettbewerbs innerhalb der EU.

Auf der Nachfrageseite ist die Realität ebenso hart. Energieintensive

Industrien stellen fest, dass die globalen Märkte nicht bereit sind, hohe Aufschläge für „dekarbonisierte“ Produkte zu zahlen. So ist beispielsweise die Aluminiumproduktion in Europa seit 2010 um 25 % zurückgegangen, während die weltweite Nachfrage um mehr als 70 % gestiegen ist. Hohe Strompreise und der obligatorische Kauf von CO₂-Zertifikaten schränken die Investitionskapazitäten zusätzlich ein.

Haushalte sehen sich ähnlichen Einschränkungen gegenüber. Die Verkäufe von Elektrofahrzeugen stagnierten aufgrund anhaltender Bedenken hinsichtlich Kosten, Komfort und Zuverlässigkeit. Wärmepumpen und Dämmungen folgten dem gleichen Verlauf: anfängliche Begeisterung, enttäuschende Renditen, Einbruch der Nachfrage nach Wegfall der Subventionen. Nur strengere Vorschriften könnten diese Lücke schließen – aber solche Vorschriften würden auf Kosten der individuellen Freiheiten gehen.

Das IREF kommt zu dem Schluss, dass der Netto-Null-Plan der EU praktisch schon bei seiner Einführung zum Scheitern verurteilt ist. Seine interne Kohärenz ist in diesem Umfang und angesichts der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen die Mitgliedstaaten voranschreiten, nicht zu erreichen. Ein Beharren darauf würde den Wohlstand und die Freiheiten beeinträchtigen und den klassischen Misserfolg groß angelegter zentralistischer Pläne wiederholen – was der österreichische Ökonom Friedrich von Hayek einmal als „fatale Selbstüberschätzung“ bezeichnet hat.

Die Ironie dabei ist, dass die Auswirkungen auf das Klima vernachlässigbar wären. Auf der Grundlage von IPCC-Formeln kommt das IREF zu dem Schluss, dass für Europa die Erreichung der Netto-Null im Jahr 2100 statt 2050 die globalen Temperaturen nur um 0,02 bis 0,06 °C verändern würde – unterhalb jeder sinnvollen Messschwelle.

IREF fordert daher eine strategische Kehrtwende: einen langsameren, realistischeren Weg zur Dekarbonisierung, der sich eher auf Innovation als auf Vorschriften konzentriert. Das auf Kernenergie basierende Stromsystem Frankreichs verursacht bereits weitaus geringere Emissionen als die von Deutschlands gescheitertem Experiment inspirierte Vision der EU, die stark auf erneuerbare Energien setzt. Der schrittweise Ersatz der verbleibenden Kohle- und Gasenergie durch regelbare kohlenstoffarme Energieerzeugung – möglicherweise einschließlich fortschrittlicher Kerntechnologien – in den nächsten drei Jahrzehnten wäre sowohl wirtschaftlich als auch technisch glaubwürdig. Dieser Weg würde radikale Netzumbauten, unrealistische Speicherkonzepte und Diskrepanzen zwischen Angebotsausbau und tatsächlicher Nachfrage vermeiden.

Europa beginnt, sich am Rande anzupassen, indem es die Vorschriften für Elektrofahrzeuge lockert und Stromsubventionen zulässt. Aber kosmetische Korrekturen werden eine grundlegend fehlerhafte Strategie nicht retten. Eine echte Neubewertung ist überfällig. Es ist besser, jetzt den Kurs zu korrigieren, als an einer Illusion festzuhalten, die das europäische

Projekt selbst zu untergraben droht.

The report, in French: « European Union climate law: an economic and societal disaster with no effect on the climate », Authored by Vincent Bénard, IREF, December 2025 – Vincent Bénard is a civil and territorial planning engineer and economic analyst, who authored several articles and reports for IREF since 2021.

Link:

<https://clintel.org/think-tank-iref-against-all-rationality-the-eu-persists-in-its-net-zero-delusion/>

Übersetzt von Christian Freuer

Man erwarte demnächst eine weitere PIK-Studie mit der Behauptung, dass die globale Erwärmung zu Kältewellen in Europa führt!

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2026

[Pierre Gosselin](#)

Der Winter in Europa war bisher eher mild – genau wie von den Alarmisten der globalen Erwärmung vorhergesagt. Aber jetzt wird es langsam kalt.

Eine Kältewelle breitet sich über Europa aus, und es besteht die Gefahr, dass die Öffentlichkeit hier anfängt, an der Mär vom Klimawandel zu zweifeln – insbesondere angesichts explodierender Heizkosten und schwindender Gasreserven. Wir sollten uns also nicht wundern, wenn die Klimawandel-Alarmisten bald mit einer weiteren zweifelhaften Studie aufwarten, in der sie behaupten, dass auch extreme Winterkälte ein eindeutiges Zeichen für die Erderwärmung ist.

Just-so story science

Dies war bereits früher der Fall. So veröffentlichten beispielsweise im Jahr 2010, mitten in einem bitterkalten Winter, die PIK-Wissenschaftler Petoukhov et al. einen Artikel mit dem Titel „A link between reduced Barents-Kara sea ice and cold winter extremes over northern continents“ (Ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang des Meereises in der Barents- und der Kara-See sowie extremen Kälteperioden im Winter über den

nördlichen Kontinenten), in dem sie feststellten, dass der Verlust des Meereises dort die Wahrscheinlichkeit extremer Kälteperioden im Winter in Europa verdreifachen könnte.

Im Jahr 2019 veröffentlichten Kornhuber et al. eine [Studie](#) mit dem Titel „Extreme Wetterereignisse im Frühsommer 2018, verbunden durch ein wiederkehrendes hemisphärisches Wellen-7-Muster“, der sich auf sommerliche Hitzewellen konzentrierte. Diese Forschung verfolgt die „resonante Verstärkung“ planetarischer Wellen, die angeblich dazu führen, dass kalte Luft nach Süden strömt und dort wochenlang verbleibt.

PIK-Forscher, insbesondere Vladimir Petoukhov suggerieren, eine spezifische nichtlineare Beziehung identifiziert zu haben, und behaupten, dass die Atmosphäre am heftigsten reagiert, wenn die Meereiskonzentration in bestimmten arktischen Regionen bei etwa 40–80 % liegt. Wenn das Eis verschwindet, gibt der Ozean eine massive „Wärmeblase“ an die kalte Winterluft ab und erzeugt so ein lokales Hochdrucksystem über der Arktis. Dieses Hochdruckgebiet wirkt wie ein Steuerungszentrum, die den Jetstream nach Süden drückt und kalte kontinentale Luftmassen aus Sibirien nach Westen in Richtung Europa wehen lässt.

Stefan Rahmstorf und sein Team haben sich ebenfalls für diese Theorie stark gemacht und argumentieren, dass „die Erwärmung der Arktis dazu führt, dass die ‚Wellen‘ im Jetstream viel größer werden und sich viel langsamer bewegen. Man sieht also, dass die Erwärmung auch zu ungewöhnlich kalten und harten Winterereignissen in ganz Europa führt“.

Seit Januar 2026 beobachten das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und die breitere wissenschaftliche Gemeinschaft eine Reihe höchst ungewöhnlicher Signale aus der Arktis, die ihrer Meinung nach mit dem Zusammenhang „weniger Eis = strengere Winter“ in Einklang stehen (Verlangsamung der AMOC, Tipping Points Report vom Oktober 2025 und der vor wenigen Wochen veröffentlichte Arctic Report Card 2025).

Laut dem PIK haben wir es nicht mehr mit „zukünftigen Risiken“ zu tun, sondern mit der Live-Beobachtung eines destabilisierten Systems, in dem das geringe Eis eine „Hitzeglocke“ über dem Pol bildet und den Jetstream in eine „festgefaßte“ Position zwingt, was zu den aktuellen Kälteeinbrüchen führt.

Während Klimawissenschaftler darauf bestehen, dass dies fundierte Klimawissenschaft ist, sehen Skeptiker darin, was es wirklich ist: eine „Just-so-Story“, voller pseudo-tiefgründigem Blödsinn und wissenschaftlicher Sophisterei. Es klingt vollkommen logisch und überzeugend (z. B. dass Giraffen lange Hälse haben, um an hohe Blätter zu gelangen), aber es fehlen jegliche empirische Beweise dafür, dass dies tatsächlich so ist.

Hierzu gibt es auch schon einen Kommentar, den ich so treffend finde, dass er hier beigefügt wird:

John F. Hultquist 2. January 2026 at 8:05 PM

Mir ist ein Muster aufgefallen. Auf der Nordhalbkugel herrschen im Juni, Juli und August in der Regel hohe Temperaturen. Im November, Dezember und Januar ist es dann kälter. Die Erwärmung hat mein ganzes Leben lang und schon vor meiner Zeit zu einer Abkühlung geführt. Die beste Strategie ist, davon auszugehen, dass dies so weitergeht. Die Finanzierung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung kann eingestellt werden.

Link:

<https://notrickszone.com/2026/01/02/expect-soon-another-pik-paper-that-claims-warming-leads-to-cold-snaps-over-europe/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

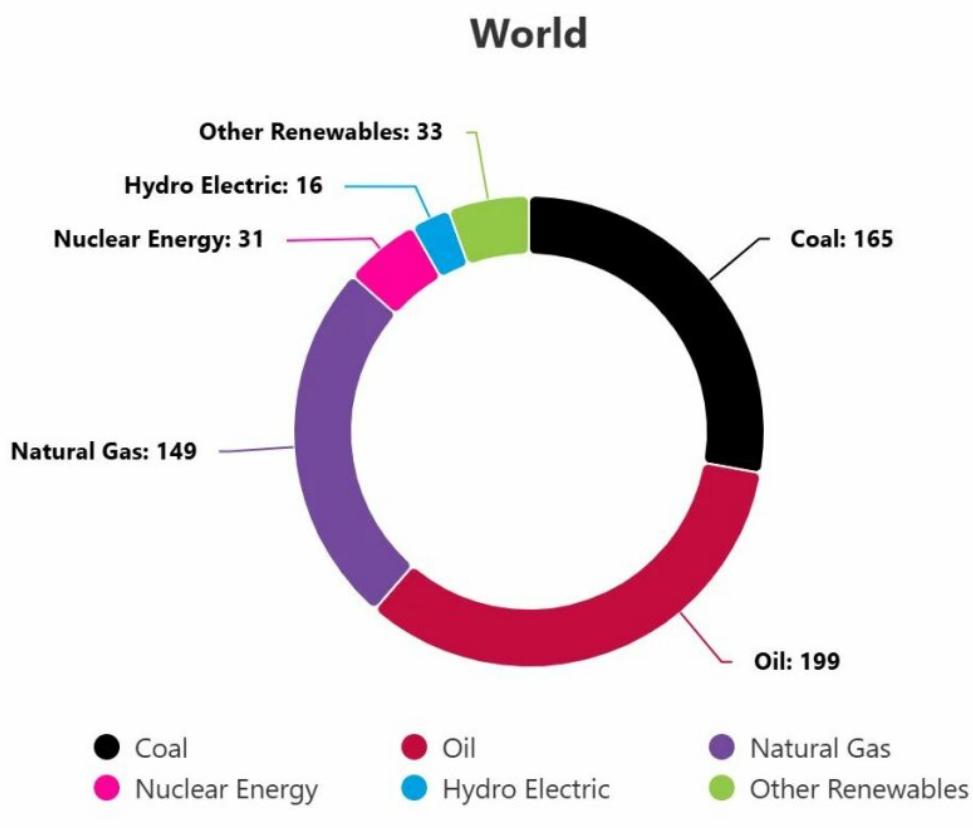
6,4 Billionen Dollar verpulvert – und immer noch geben fossile Treibstoffe den Ton an!

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2026

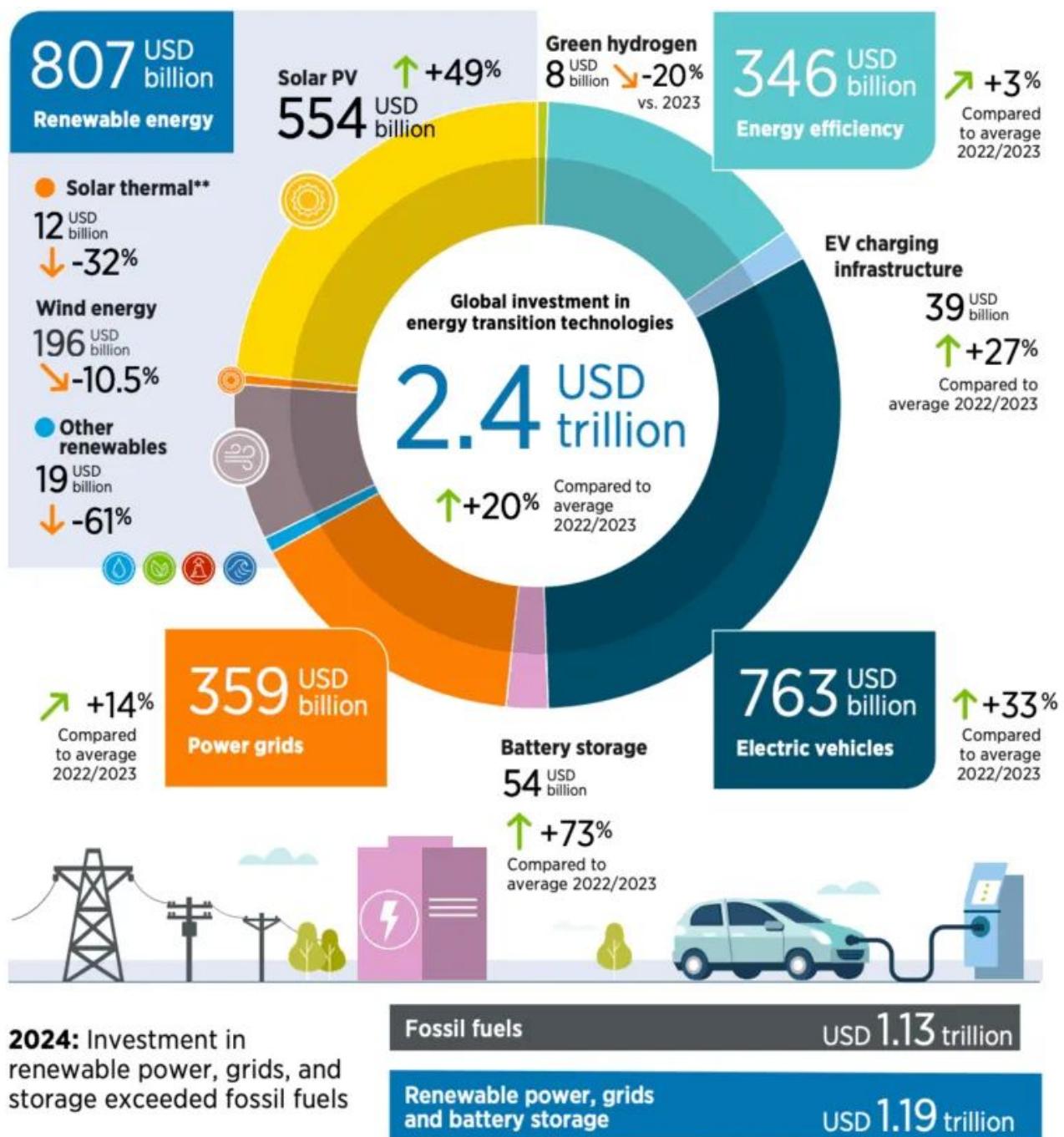
Cap Allon

Zwischen 2012 und 2023 gaben Regierungen und Institutionen weltweit mindestens 4 Billionen Dollar für die Energiewende aus.

Laut der Energieexpertin [Irina Slav](#) reduzierten diese Ausgaben den weltweiten Anteil fossiler Brennstoffe an der gesamten Energieversorgung von ~89,6 % auf ~86,6 %. Nach dreizehn Jahren und mehr als vier Billionen Dollar liefern Kohlenwasserstoffe immer noch fast 87 % der weltweiten Energie.

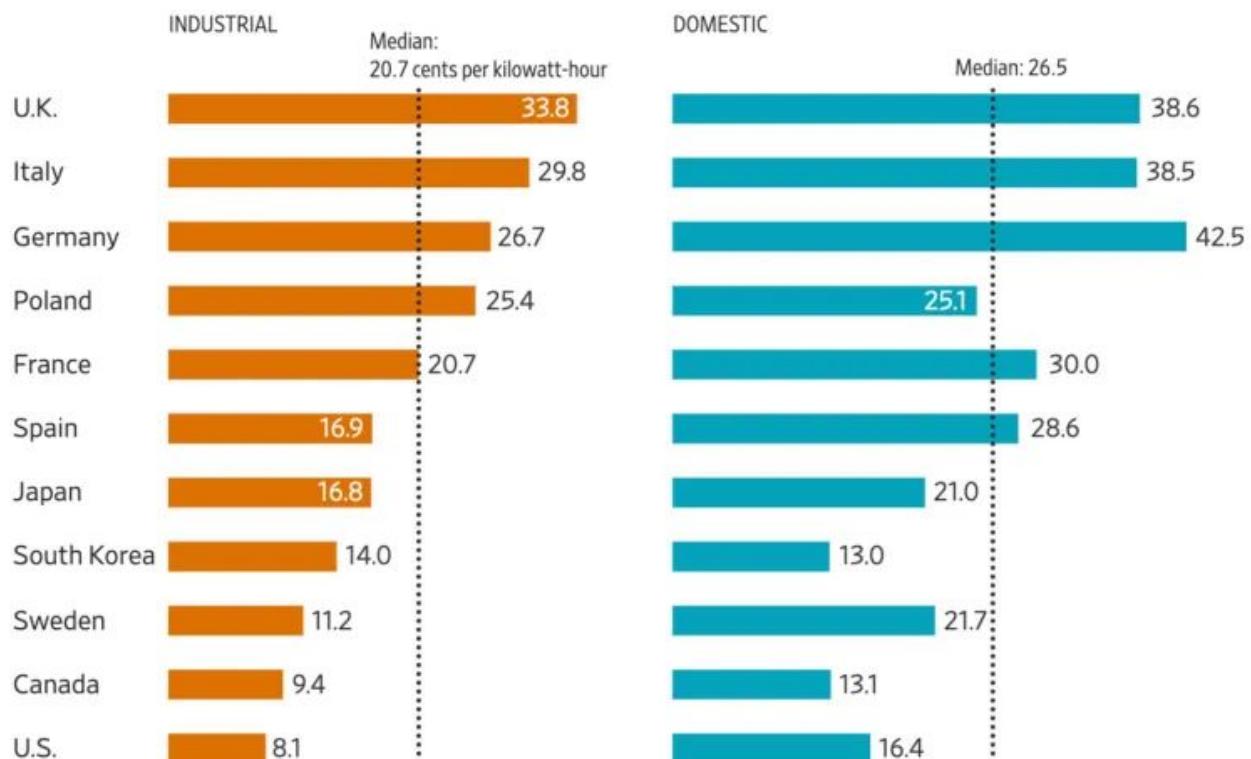


Seitdem haben die Ausgaben zugenommen, wobei die weltweiten Investitionen in „grüne Übergangstechnologien“ allein im Jahr 2024 insgesamt 2,4 Billionen US-Dollar betragen und damit die Investitionen in fossile Brennstoffe für dieses Jahr überstiegen. Trotzdem lieferte Kohle eine Rekordmenge an Energie, während Öl und Erdgas für die Stromerzeugung, den Verkehr und die Industrie nach wie vor unverzichtbar waren.



Länder mit den höchsten Umstellungsausgaben weisen auch die höchsten Strompreise (weltweit) auf, was die zusätzlichen Kosten für den Ausbau des Stromnetzes, Redundanzen und die durch die Schwankungen bei Wind- und Solarenergie erforderliche Reserveversorgung reflektiert.

Electricity prices in select countries in 2024



Sources: International Energy Agency, U.S. Energy Information Administration

Nach rund 6,4 Billionen US-Dollar an Steuern, Subventionen und Investitionen dominieren fossile Brennstoffe weiterhin. Nur die Stromkosten sind drastisch gestiegen.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/global-temperatures-down-in-december?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Eine Lehre aus dem Terroranschlag von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 10. Januar 2026

Die globale Temperatur hat sich im Dezember 2025 weiter deutlich verringert. Sie beträgt nur noch um 0,3 Grad Celsius höher als das langjährige Mittel. Das Jahr 2025 war insgesamt deutlich kühler als 2024. Der Abkühlungstrend wird fortgesetzt.

Eine grundsätzliche Lehre aus dem Terroranschlag auf das Berliner Stromnetz

Die Stilllegung der Stromversorgung im Süden Berlins hat uns die Fragilität der Politik der Energiewende vor Augen geführt. Ziel der Energiewende ist es ja, nicht nur die Stromversorgung auf Wind- und Sonnenenergie umzustellen, sondern auch die beiden anderen Säulen der Energieversorgung, nämlich die Wärmeversorgung und den Verkehrssektor auf Strom umzustellen. Alles auf Strom heißt, auf Gas und Öl im Wärmesektor und Öl (Benzin/Diesel) im Kraftfahrzeugsektor zu verzichten. Sektorkopplung nannte man diese Verengung der Energieversorgung auf einen Energieträger. Diese Sektorkopplung wurde von den grünen Hohepriestern als nachhaltiges Zukunftsmodell verbreitet und gefeiert. In seinem Ursprung war es ein Versuch, die Schwäche der Erneuerbaren Energien zu korrigieren, die in wind- und solarstarken Zeiten zu nicht verwertbaren Überschüssen führen. Diese nutzlosen Überschüsse sollten nach Speicherung in den Wärmesektor und den Kraftfahrzeugsektor gedrückt werden. Dass diese Sektorkopplung zu einer exorbitanten Kostensteigerung führt, ist oft genug an dieser Stelle beschrieben worden. Die Gesamtkosten der Energiewende bis 2045 beziffert *Frontier economics* mit unzahlbaren 4800 bis 5400 Milliarden Euro.

Aber nun führt uns der Anschlag von Berlin vor Augen, daß ein solches, allein auf Strom basierendes Energiesystem höchst anfällig ist. Wir erfahren, dass beim Stromausfall auch die Wärmeversorgung ausfällt, jedenfalls dann, wenn sie durch Wärmepumpen erzeugt werden soll. Und zu allem Überfluss lernen wir, daß bei Minusgraden den Wärmepumpen durch platzende Rohre der Totalverlust droht. Diesen Beipackzettel gab es jedenfalls bislang nicht beim Habeckschen Heizungsgesetz, das die schwarz-rote Bundesregierung nahtlos weiterführen will. Der Inhalt des Gesetzes wird gleichbleiben, damit die Bürger das aber nicht so richtig mitbekommen, soll der Name des Gesetzes geändert werden.

Wir lernen auch, dass bei einem großflächigen Stromausfall auch die E-Fahrzeuge nur dann weiterhelfen können, wenn sie zufällig vor dem Knall aufgeladen worden sind. Andernfalls fällt auch diese Nutzung aus.

Es war bislang eine große Resilienz (Widerstandsfähigkeit) damit verbunden, auf zwei speicherfähige Systeme für 75 % der Energieversorgung zurückgreifen zu können, nämlich die Gasversorgung für die Wärme und die Kraftstoffversorgung für die Mobilität. Dass die dritte Säule, die Stromversorgung, die bislang 25 % des Energieverbrauchs leistet, nun auch noch wetterabhängig gemacht wird und dann alle drei Säulen bedienen soll, entpuppt sich seit den Berliner Ereignissen noch deutlicher als links-grüner ideologischer Wunschtraum, der den Realitätstest nicht überstehen wird.

Der Text des ersten Bekennerschreibens bedient sich des Begründungszusammenhangs grüner und linker Ideologien der Klimaangst:

„In der Gier nach Energie wird die Erde ausgelaugt, ausgesaugt, verbrannt, geschunden, niedergebrannt, vergewaltigt, zerstört. Ganze Regionen werden unter der Hitze unbewohnbar gemacht. Sie verbrennen einfach. Oder Lebensräume verschwinden unter den

Fluten bei Überschwemmungen oder aufgrund des steigenden Meeresspiegels. Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit.“

Bis auf den letzten Satz könnte man ähnliche Formulierungen in Parteitagsbeschlüssen von Grünen, Linken und SPD lesen. Der Satz „Ganze Regionen werden unter der Hitze unbewohnbar“ stammt sogar aus einem UN-Bericht von 2022. Die ideologische Begründung der Energiewende stammt aus dem gleichen Kontext des Klimaalarmismus, aus dem sich die Vulkangruppe zur Rechtfertigung ihrer verbrecherischen Aktionen bedient.

In eigener Sache

Dieser Newsletter fällt kürzer aus, da ich mir die intensive Recherche, wie Sie sie bisher gewohnt sind, in diesem und den nächsten Newslettern, ersparen möchte.

Ich habe begonnen, ein Buch zu schreiben, gemeinsam mit Björn Peters über die Zukunft der Kernenergie. Das Buch wird im Herbst bei Langen-Müller erscheinen und bedarf intensiver Recherche. Daher muss ich beim Newsletter, der mich immer 4-5 Arbeitstage gekostet hat, für zwei, drei Monate kürzertreten.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis.